

A N T R A G

der DIE LINKE.-Landtagsfraktion

betr.: Abhängigkeit von Microsoft reduzieren – Einsatz von Open-Source-Software verstärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. auf den vordringlichen Einsatz von Open-Source-Software hinzuwirken, um so die Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern soweit wie möglich zu reduzieren. Dazu sind die entsprechenden Ausschreibungsbedingungen laufend zu prüfen und ggf. zu überarbeiten. Wesentliche Zielgrößen im Rahmen der Softwarebeschaffung bei gegebener Funktionalität sollen dabei Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Usability (Bedienbarkeit), Interoperabilität und Zukunftssicherheit bleiben;
2. die Umgewöhnung und die Akzeptanz neuer Software durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beginn an durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Dazu gehören beispielsweise frühzeitige Anwenderschulungen, aber auch die Kommunikation des Sinns und Zwecks einer Umstellung.

B e g r ü n d u n g :

Im Saarland, wie in ganz Europa, basieren die meisten staatlichen IT-Systeme auf Software des Marktriesen Microsoft. Durch die stetig wachsende IT und ihrer Bedeutung vergrößert sich auch die Abhängigkeit der Behörden vom US-Konzern stetig. Diese Abhängigkeit – vor der viele Experten bis hin zum Bundesamt für Sicherheit der Informationstechnik (BSI) – warnen, bringt sowohl für die staatlichen Stellen als auch für die Bürgerinnen und Bürger viele Nachteile mit sich.

Zum einen verursacht sie stetig steigende Kosten, etwa durch Lizenzgebühren, und blockiert den technischen Fortschritt in den staatlichen Behörden. Darüber hinaus geht nach Einschätzung der Experten mit dieser Abhängigkeit ein erdrückender politischer Einfluss des US-Konzerns einher. Und nicht zuletzt setzt sie die staatlichen IT-Systeme samt den Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger einem hohen technischen und politischen Sicherheitsrisiko aus. Es sei kein Zufall, schreibt der Tagesspiegel, dass alle großen Hackerangriffe auf staatliche europäische Institutionen in den letzten Jahren stets über Sicherheitslücken in Microsoft-Programmen erfolgten. Microsoft-Programme seien komplex (im Vergleich mit der Open-Source-Konkurrenz) und verwundbar. Insbesondere die Bürosoftware («Office») und die damit hergestellten Dateien seien das wichtigste Einfallstor für Cyberattacken. Das BSI kritisiert die mangelnde Transparenz bei der Übertragung von Daten an Microsoft. So weiß außer Microsoft selbst offenbar niemand genau, welche verschlüsselten Datensätze eigentlich an Microsoft weitergeleitet werden und was mit ihnen geschieht. Der Konzern selbst verweigert beharrlich die Aussage.

In Schleswig-Holstein hat man auf diese Fehlentwicklung reagiert. Dort hat der Landtag einen Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis`90/DIE GRÜNEN angenommen, der die Landesregierung auffordert „die Softwarestrategie vorausschauend fortzuführen, um eine moderne und leistungsfähige Verwaltung zu gewährleisten und möglichst viele Verfahren bei wesentlichen Änderungen oder der Neuvergabe auf Open-Source-Software umzustellen.“

Das Saarland, das mit dem Titel „IT-Land Saarland“ wirbt, bietet mit seiner gut aufgestellten IT- und Forschungslandschaft, innovativen Unternehmen und renommierten Forschungsinstituten (u.a. CISPA, Max-Planck Institute oder das DFKI) die besten Voraussetzungen, um an der Entwicklung und Verbesserung innovativer Anwendungen zu arbeiten.